

Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,60 Mark, eine Jahrsbestellung 24 Mark. Verleger: Otto Kilian, Halle, Verlagsstraße 14. Herausgeber: Otto Kilian. Anzeigenpreis: 8 Goldmarken 1. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 25 Goldmarken 1. d. Zeile in 1. d. Zeile. Kleinanzeigen: 10 Goldmarken 1. d. Zeile. Postamt Halle, Verlagsstraße 14. Halle, Verlagsstraße 14. Halle, Verlagsstraße 14.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Montag, den 25. Mai 1925

5. Jahrgang * Nr. 106

An die Partei-Mitgliedschaft

Der Parteiparteitag Halle-Merseburg der SPD. hat folgenden Auftrag an die Parteimitglieder beschlossen:

Parteiorganisation und Parteigenossen!

Neue und schwere Aufgaben stehen der Partei bevor. Sieben Jahre republikanischer Republik, sieben Jahre Noxe und Ebert, sieben Jahre der Ausnahmegerichtsbildung gegen die revolutionäre Arbeiterpartei, sieben Jahre der blutigen Niederschlagung jeder revolutionären Erhebung haben es dahin gebracht, daß Hindenburg als Hauptpräsident des Monarchismus triumphierte konnte. Wir Kommunisten, die wir schon zu einer Zeit gegen den Monarchismus gekämpft haben, wo noch die Sozialdemokraten für die „vernünftige Monarchie“ Eberts schwärmten und die Blutzorgien des Monarchismus während des Krieges reiflos unterstützten, wir Kommunisten, die wir zu den Unfrigen Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zählen, die heroischen Kämpfer gegen den Monarchismus, wir haben es nicht nötig, uns zu verteidigen gegen die sozialdemokratischen Anwürfe, wir seien „die Steigbügelhalter Hindenburgs“ gewesen. Die Wahl Hindenburgs ist selbstverständlich kein Rechengeheimnis und kann nicht damit abgetan werden, daß man erklärt, es wäre anders gekommen, wenn zwei Millionen kommunistischer Stimmen nicht für einen Sonderlandbitten Wahlmann abgegeben worden wären.

Es ist ein Unfug, zu behaupten, wenn die Kommunisten für März gekämpft hätten, wäre Hindenburg unterlegen. Nie und nimmer hätten kommunistische Arbeiter und christliche Arbeiterkämpfer für den Reichspräsidenten gewählt, wo doch die Zentralräte der SPD nicht einmal in der Lage waren, ihre eigenen Parteimitglieder in Sachen und Thüringen für März an die Wahlurne zu bringen, das abgesehen davon, daß die bürgerlichen Zentrumskräfte und Demokraten in noch helleren Scharen, als es jetzt schon der Fall ist, zu Hindenburg übergegangen wären, wenn sich Kommunisten zur Wahl von März entschließen hätten.

Vielmehr ist Hindenburg das Fazit der gesamten sozialdemokratischen Politik, seine Wahl ist die Leinwand von sieben Jahren Koalitionspolitik, von sieben Jahren schwarzgoldenen Betrugs, von sieben Jahren Arbeiterverrats.

Parteiorganisation und Parteigenossen!

Wir sind in der Vergangenheit stets durch die Tat bewiesen haben, daß wir gekämpft haben, die letzten Reste des Monarchismus durch das Ende des Reichspräsidenten der proletarischen Revolution zu zertrümmern, so müssen wir jetzt in der veränderten Situation erst recht bemerken, daß wir die einzigen wirklichen Kämpfer gegen das Hindenburg-System sind.

Welches sind die Gefahren, die durch Hindenburg vergrößert werden und welche von uns mit aller Kraft bekämpft werden müssen?

Wir haben vor uns nicht den feudalen Monarchismus der Vorkriegszeit, sondern einen Monarchismus, der dem hauptsächlichsten Antriebskräfte der Novemberrevolution, dem deutschen Finanzkapital, auf den Leib zugeschnitten ist. Das bedeutet, daß die finanzkapitalistischen Kreise Deutschlands ihr Hauptaugenmerk darauf richten, ihre Profitwirtschaft noch fester als bisher zu verankern durch den Ausbau monarchistischer Unternehmungen, durch den Abbau der schon jeweils jammervollen Löhne, durch das weitere Finanzverbrauchen der Arbeiterklasse und durch die weitere Vernichtung aller derjenigen sozialen Rechte, die von dem Novembersturm noch geblieben sind. Diese monarchistisch-kapitalistische Reaktion gegen die Arbeiterklasse, der „inneren Feind“, ist zugleich der Ausdruck der sozialdemokratischen Kapitalklasse mit dem Dames-Spinnen des internationalen Kapitals vereinigt hat auf Kosten der deutschen Proletarier, und daß die Kosten des Schuldvertrages von London mit erhöhter Wucht einzig und allein auf die Schultern der Arbeiterklasse gelegt werden.

Um den Preis, eine Zwischenmeerstraße spielen zu können für das anglo-amerikanische Kapital, ist

Hindenburg-Deutschland schließlich auch bereit, unter dem Kommando des Völkerverbundes, dieses Weltgendarms des internationalen Kapitals, Sowjet-Rußland, die einzige Festung des Weltproletariats, niederzuschlagen.

Den Lohn für diese Heerarbeit werden bereits die deutschen Kapitalisten an, indem sie nach neuen Mißgebieten und nach der Rückgabe der Kolonien fürchten. Sie sind sich dabei bewußt, daß die Wiederherstellung des Weltkredits, die Stabilisierung der deutschen Mark und das Wiederaufblühen des Weltbankens ihnen die Möglichkeit gibt,

von neuem imperialistischen Zielen nachzugehen. Dieser neomonarchistische Schwanz-Imperialismus sucht sich innenpolitisch vor allem dadurch Geltung zu verschaffen, daß er daran geht, selbst die bürgerlich-parlamentarischen Rechte, die die Weimarer Verfassung gewährt, abzubauen. Er hat Ebert als Leiter der Kapitalistenklasse als ausgesprochenen Werkman, im Interesse der

deutschen Bourgeoisie fast seine ganze Amtszeit hindurch unter Aufhebung der Weimarer Verfassung mit Ausnahmegeetzen zu regieren. Den Monarchisten Luther und Schiele genügt das nicht. Darum das Bestreben,

auf gelegentlich Wege das Maßklein heraufzuheben, das aktive Wahlrecht abhängig zu machen vom Vermögen, die schwarzweitere Flage als die Fahne dieser monarchistischen Republik wieder einzuführen, die Reichswehr noch mehr zu einem Stützpunkt des Monarchismus zu machen, als es bisher schon der Fall war, und den kommunistischen Abgeordneten als „Hochverrätern“ die parlamentarische Vertretung der Arbeiter unmöglich zu machen.

Mit welchem Abbau selbst der bürgerlich-parlamentarischen Rechte mit dem Ziel, dem monarchistischen Reichspräsidenten eine höhere Macht zu geben, als es bisher der Fall war, geht Hand in Hand die „politische“ Ermächtigung aller Vorkriegs- und Reichspräsidenten. Im Parlament werden zuerst Steuern beschlossen, die den Reich schonen, während sie in Form von indirekten Steuern, in Form von Mietssteuern und Abgaben, die verkräftigen Massen belasten. Selbst die kleinbürgerlichen Kreise, die Hindenburg, „den Retter“ gemüht haben, werden von den am Ruder befindlichen Monarchisten über Ohr gehauen, indem die Spargesetze der mittleren und kleineren Leute, die die Schwerindustrie in der Inflationszeit geschädigt hat, nicht angewendet werden.

Auch die Beamten bekommen durch den „Retter“ Hindenburg keine Ruhe, sondern der Abbau der Eisenbahnen, der Postbeamten usw. geht auch jetzt noch weiter, nachdem bereits Hunderttausende von Beamten, trotz der klaren Erklärung der Weimarer Verfassung, daß Beamtenrechte nicht angegriffen werden dürfen, aus Straßenplätzen gemorren worden sind. Schließlich steht auch eine breite Schicht der kleinbäuerlichen Bevölkerung unter dem Druck der Herrschaft des Schwerkapitals. Die Agrarfrage, die im Anzuge sind, sind nur Liebesgaben an die Großgrundbesitzer und verteuern im übrigen dem gesamten verkräftigen Volk das Brot, ohne der verkräftigen Landbevölkerung auch nur die geringsten Vorteile zu bieten.

In dieser schwierigen Situation der drohenden imperialistischen Bewältigung mit neuen Reizegefahren, in dieser Situation, wo selbst kleinbürgerliche Schichten der Beamten und Kleinbauern verkräftigt hineingezogen werden in das proletarische Feld, sind der Aufgaben der Kommunisten besonders viele und besonders schwierige.

Parteiorganisation und Parteigenossen!

Jetzt haben wir zu bemerken, daß wir nicht nur fähig sind, im heroischen Endkampf gegen die Kapitalistenklasse zu kämpfen, sondern daß wir auch bereit und fähig sind,

in einem Weltall der Revolution mit seinen kleineren, aber umso schwierigeren Aufgaben, unsere Pflicht reiflos zu tun.

Jeder Parteigenosse und jede Parteigenossin muß sich dessen bewußt sein, was in diesem Zusammenhang die tatsächlichen Bewältigung des letzten Zentralaufgebotes der Partei bedeuten. Es gilt, durch eine effizientere Taktik gegenüber den noch von schwarzgoldenen Missionen erfüllten Arbeitern und ebenfalls gegenüber den kleinbürgerlichen Schichten zu beweisen, daß

wir Kommunisten die einzigen sind, die wirklich ernstlich gegen den Monarchismus und für die proletarischen Interessen kämpfen.

In diesem Sinne: Vorwärts im Geiste Lenins! Beweist liberal, wo Ihr wollt, ob im Betriebe oder in der Gewerkschaft oder sonst irgendwelchen Organisationen, daß Ihr in der Tat der Vortrupp des gesamten verkräftigen Volkes seid! Beweist Euch in der Bewältigung, die der letzte Zentralaufgabe gestellt hat, hundert eifrig die Behren, die unser großer Feind uns hinterlassen hat.

Werdet die tatsächlichen Mandate der Partei im Interesse des gesamten Proletariats durchzuführen, ohne dabei auch nur im Geringsten die wichtigsten kommunistischen Grundzüge zu vernachlässigen, die der letzten: Die kommunistische Partei ist die einzige Arbeiterpartei, das Proletariat kann seinen Sieg nur erringen, indem es den kapitalistischen Staat zertrümmert und die Diktatur erringt, es gibt kein friedliches Hineinwachsen in den Sozialismus, sondern zum Endziele führt nur der direkte Kampf zwischen Partei und Kapital.

Parteiorganisation und Parteigenossen!

Seid Euch dessen bewußt, daß diese schwierigen Aufgaben nur erfüllt werden können, wenn die Partei wirklich eine disziplinierte, zentralistisch aufgebaute Organisation ist. Darum über alles die Einheit und völlige Klarheit der Partei. Befolgen wir diese Grundregeln der Volksherrschaft, dann wird uns nicht nur unsere Mandatsverpflichtung zu neuen Erfolgen führen, sondern wir werden auch eine Partei werden, die im Sinne in Rußland geschaffen hat, nämlich eine Partei, die im Augenblick einer akuten revolutionären Situation fähig sein wird, den Sieg über die Kapitalistenklasse zu erringen.

Der Parteiparteitag Halle-Merseburg

Die Frauen der eingekerkerten Genossen fordern die Amnestie!

Eine Frauendelegation beim Reichsjustizminister und der preussischen Regierung

Der Amnestiebetrug der Regierung

Auf Einladung der „Roten Hilfe“ kamen am Freitag, dem 22. Mai, 16 Frauen von eingekerkerten Genossen im Reichstage in Berlin zusammen, um bei den politischen Parteien und bei der Reichsregierung und der preussischen Landesregierung die Forderung nach der Generalamnestie für alle proletarischen politischen Gefangenen zu vertreten.

Unter der Delegation befanden sich Frauen, deren Männer und Söhne bereits seit sechs Jahren als Justizhausgefangene dem mörderischen Strafvollzug ausgeliefert

sind. Aus München war die Genossin Kietzmeier, Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, anwesend, deren Sohn in dem bekannten Geiselmordprozess nach Niederlegung der Weimarer Republik von dem berühmten Münchener Volksgericht zu 15 Jahren Justizhaus verurteilt ist. Die Genossin erzählte, daß im Justizhaus Straubing über 20 Genossen immer noch bei der Weimarer Republik sitzen, die Justizstrafen von 6 bis 15 Jahren absitzen haben. Aus Hamburg war die Genossin Willendorf delegiert. Ihr Sohn wurde im Anstich an den Hamburger Luftstern

von dem außerordentlichen Gericht zum Tode verurteilt, später wurde das Urteil auf 12 Jahre Gefängnis herabgesetzt. Die Frau des parteilosen Arbeiters Lambert aus Stuttgart, der Abwehrmaßnahmen gegen den Hitler-Bußis organisiert hatte und deswegen vom Staatsgericht wegen „Anfertigung von Handarresten zu 8 Jahren Justizhaus verurteilt wurde und 13 weitere Frauen aus dem ganzen Reich wollten für die vielen tausend Angehörigen politischer Gefangener die Forderung nach einer Generalamnestie bei den zuständigen Regierungsstellen und Parteien vertreten.

Die Delegation versuchte im Reichstage mit den Führern der verschiedenen Parteien zu verhandeln. Von der kommunistischen Fraktion stellten sich die Abgeordneten Frau Krensch, Stöcker und Wädel zur Verfügung. Die deutschnationale Partei erklärte wohl ihre Verhandlungsbereitschaft, aber der genannte Abgeordnete war im Reichstage nicht auffindbar. Hermann Müller von der Sozialdemokratischen Partei lehnte eine Besprechung mit der Delegation mit der Begründung ab, daß der Fraktionsvorsitz der SPD keine Zeit habe, und daß die Fraktion der SPD in der Amnestiefrage zuerst in Berlin nicht anwesend seien!

Als sich die Frauendelegation beim Reichskanzler Dr. Luther anmelden ließ, erklärte der zahnblinde Beamte in der Reichskanzlei, daß Dr. Luther für die Frauendelegation keine Zeit habe. Der preussische Ministerpräsident Otto Braun empfing von der Frauendelegation 5 Genossinnen und den Landtagsabgeordneten Schwanitz. Braun erwiderte auf die Forderung der Frauen nach Amnestie, daß er grundsätzlich für eine vollständige Amnestie sei. Die Amnestie dürfe sich nicht nur auf die rechtsradikalen Elemente erstrecken. Bis heute hat allerdings die breite Arbeiteröffentlichkeit von dieser Einstellung Otto Brauns noch nichts gehört. Die preussische Regierung hat bisher gegen jeden Amnestieantrag der SPD Stellung genommen und macht — das erzählt die Frauendelegation bei dem Reichsjustizminister — einer allgemeinen Reichsamnestie neben Bayern die größten Schwierigkeiten.

Braun erklärte, daß das Reich die Absicht habe, eine Amnestie zu erteilen für alle die politischen Delikte, die vor dem Reichsgericht und Staatsgerichtshof zur Aburteilung gelangt sind. Nach seiner Auffassung würden aber alle die schweren Fälle nicht mit unter die Amnestie fallen. Die preussische Regierung beabsichtigt, nach Erlaub einer Reichsamnestie in Preußen einen Initiativantrag der Parteien auf möglichst weitgehende Amnestie einzubringen.

Die Aussprache mit dem preussischen Ministerpräsidenten zeigte ganz klar, daß die preussische Regierung durchaus nicht die Initiative für eine Generalamnestie ergreifen will und daß sie vor allen Dingen die unangenehen Justizansprüche, die von der Arbeiterklasse auf Grund des Ehrenschlosses vertrieben wurden, nicht amnestieren will. Die preussische Regierung vertritt sich hinter die politischen Parteien. Bei der Amnestiefeindlichkeit der bürgerlichen Parteien wird weiter nichts als

eine elende Scheinamnestie

zustande kommen. Im Reichsjustizministerium wollte man die Frauendelegation überhaupt nicht vorlassen. Man hätte dort einen heillosen Schein vor den 16 Frauen, die bei dem Reichsjustizminister von Anfang an beabsichtigt die Forderung der 7000 politischen Gefangenen, die ihrer politischen Angehörigen vertrieben wurden, nicht amnestieren will. Die preussische Regierung vertritt sich hinter die politischen Parteien. Bei der Amnestiefeindlichkeit der bürgerlichen Parteien wird weiter nichts als

Stuttgart, Bodum hinter sich hatten. Eine Frau hatte wenige Tage vorher einen Selbstmord. Erst nach wiederholtem Einbruch ließ man sie ins Wohnzimmer des Reichsjustizministeriums ein.

Schließlich bequeme man sich unter Führung der Genoffin Freundtje zu einer Aussprache mit drei Frauen. Reichsjustizminister Dr. Fraenkel glaubte den unangenehmen Fragen der Frauen dadurch aus dem Wege zu gehen, daß er betonte, die Angelegenheit der Amneistie sei keine juristische, sondern eine politische Frage, für die das Reichsjustizministerium nicht zuständig sei.

Er dominierte außerdem, daß Beyer und Freundtje für eine allgemeine Amnestie keine Schwerkriegsverbrechen machten. Der beste Versuch, die Amnestie nachzugeben, wurde dadurch erkräftigt, daß man der Frau ein Schreiben sandte, in dem erklärt wurde, daß sie nichts von einer Amnestie erwarten, sondern Geduldsgelände in den einzelnen Fällen einzuwenden, sondern Geduldsgelände in den einzelnen Fällen einzuwenden.

Die Delegation brachte an Dr. Fraenkel die Frage: „Nach dem ganzen Verhalten der Justiz und der Regierung befürchten wir, daß durch die kommende Amnestie einig und allein die rechts-tafeligen Staatsverbrecher und Räuber freigelassen würden und daß die gelangenen Proletarier weiter im Justizhaus schmachten müßten!“

Ministerialdirektor Rauthe beantwortete diese Frage mit einigen Schwächen an Dr. Fraenkel, als Antwort nur die bescheidenen Worte: „Es befindet sich die!“

Die SPD-Genoffin Rieth meinte an Rieth, die ihren Mann während des Weltkrieges verloren und die Sorge für sechs Kinder hat, forderte die Freilassung ihres von dem Münchener Sozialgericht zu 15 Jahren Justizhaus verurteilten Sohnes und die Freilassung der übrigen Räterepublikaner. Der Reichsjustizminister meinte, daß er wohl ihre schwere Lage nachfühlen könne, aber ihr leider keine Hoffnung auf Amnestie in diesen schweren Fällen machen könne.

Die Frauen der eingekerkerten Genossen waren gewiß mit wenig Hoffnung nach Berlin gekommen, aber das, was sie bei den Regierungsstellen und bei den Parteien erlebten, wirkte auf sie un-gewöhnlich empörend. Sie alle hatten den Eindruck, daß die reaktionäre Reichsregierung der entlassenen Feinde für eine wirkliche Amnestie ist, daß die Regierung gegen die von den Amnestiege-suchenden zu leistenden Staatsverbrechen freilassen werde, aber den größten Teil der von den außerordentlichen Gerichten zu den höchsten Justizinstanzen Verurteilten weiter dem mörderischen Strafmaß der Republik ausliefern will!

Die Delegation gelobte, die gesammelten Erfahrungen drau-ßen im Reich innerhalb der Arbeiterzeitung, in den Genossenschafts-ver-sammlungen und in den öffentlichen Versammlungen zu unter-breiten. Die Frauen wendeten sich mit aller Entschiedenheit gegen dieses Abfertigungsmanöver der Reichsregierung, die Amnestiefor-derung durch einige Gnabeneresse zu umgehen. Sie fordern jene Gnade, sondern schnelle und restlose Wiedergutmachung jener brutalen Gewalttätigkeiten, die die Denkerzeitung an der Arbeiter-kasse bezeugen hat.

An der gesamten wütenden Bevölkerung in Stadt und Land liegt es nun, den Kampf für die Generalamnestie mit verdoppelter Energie weiter zu führen. Der Umschlag der Regierung muß durch den gemeinsamen und entschlossenen Kampf aller Proletarier und aller rechtslich denkenden Menschen verhindert werden. Unab-wieslich müssen die Forderungen vertreten werden:

Vollständige Amnestie für alle proletarisch politischen Ge-sangenen!

Sofortige Aufhebung des Staatsgerichtshofes und Ungültig-keitsklärung der von diesem Sondergericht gefällten Ur-teile!

Wer in Deutschland aus dem Gefängnis entlassen wird Barmat endgültig frei

Berlin, 23. Mai. Julius Barmat ist jetzt freigelassen worden. Er hatte die Ge-nüßigung der ursprünglich verlangten Kautionssumme von 200 000 auf 45 000 Mark verlangt und jetzt durchgesetzt. Das ist die Hindernis-Amnestie, die wir wirklich anstreben.

„Unzweckmäßige Begnadigungsgelüste“

Eine Menge schwärmerischer Wähler und auch andere, die von der lebendigen Justiz des Staates eingelöst, sich verdorren zu lassen, bis hierher der wirklich naiven Meinung gewesen, der gute „Vater“ Hindenburg werde seinen über Paragrafenstrafungen ge-schätzten „Vollgenossen“ aus der Fesseln helfen und von seinem Begnadigungsrecht Gebrauch machen.

Lachent, die brotreiche Stadt

13 Von Alexander Newcom. Sie kamen hinter das Stationsgebäude, wo Serjoschtsa auf der Erde lag. Wlischka sagte: „Da ist er!“ Die Städtische sah sich Serjoschtsas Bauch an, sagte: „Er hat Lappens und wird es bei Dir sicher nicht ausfallen.“ „Was soll denn mit ihm jetzt geschehen?“ Die Städtische dachte nach, sagte: „Unser Wagen ist voller Kranke, doch wird man ihn hinlegen müssen. Auf der nächsten Station schaffen wir ihn ins Kranken-haus. Hier du einbringen!“ Nicht das freute Wlischka, daß Serjoschtsa ins Krankenhaus kommen werde. Nein, auch das freute ihn. Am meisten aber freute ihn folgendes: Daß es auf der Welt gute Menschen gibt. Nur findet man sie nicht gleich. Sein Herz wurde heitler, der Hunger in den Gedärmen wurde leichter. Die Städtische drach ein Stück Brot ab. Wlischka meinte fast vor Freude. „Sieh, das auch er geben, Lantchen!“ „Selber denkt er bei sich.“ „Wenn sie nur mich auch mitgenommen hätte!“ Die Städtische war wohl eine Zauberin. Sie erriet sofort Wlischas Gedanken. „Wohin willst du jetzt gehen?“ Wlischka blinnte in die mittelblassen Augen, gestand: „Lantchen, ich mich in irgendeine Gde, ich werde niemand was los.“ „Es gibt auf der Welt gute Menschen! Das Herz wird einem heitler, der Hunger neigt nicht so in den Gedärmen.“ Wlischka sieht im Sanitätswagen und kann kaum glauben: Ist Traum? Ist es Wirklichkeit? Das Wagen rattert, wiegt ein. Die Räder rattern, machen Musik, lächeln in seiner Gde lächeln durch den blauen Schimmer, der die Dunkel verdrängt. „Wo ist jetzt der krummbeinige Wanja? Wo sind die Lager-er?“ einem Mal sind alle Feuer erloschen, nur die Räder sagen



Die S.P.D. Bonzen. Was brauchen wir noch ne Amnestie, wovur unsern Barmat wieder haben.

Die Kanzlei des Herrn Hindenburg bemüht sich, diese Illusionen zu zerstören. Die Willkürstrafe läßt erklären, daß das Einreichen von Begnadigungsgesuchen an den Reichspräsidenten „unange-messener“ sei, was die meisten Fälle nicht in das „Recht“ des Präsidenten gehören. In der Kanzlei wäre das Aufgeben der richterlichen Instanzen — praktisch also derselben Richter, die erst die verurteilten „Sünder“ verurteilt haben. Das ist eine kleine Illustration dafür, wie die Hindenburgler sich die Amnestie vorstellen und für die Arbeiter die Lehre, daß statt einer Freilassung von Begnadigungsgesuchen der Kampf um die Amnestie geführt werden muß.

Schon wieder Hamburger Oktoberkämpfer vor dem Klaffengericht

Hamburg. Am Freitag begann vor der politischen Strafkammer in Altona bei Hamburg der 2. Prozeß gegen Schiffhefer Oktober-kämpfer. Auf der Anklagebank sitzen 29 Arbeiter, darunter 5 Frauen. Es wird ihnen zu Last gelegt, anders als dem Berlin, die Ver-fassung zu ändern, Beistelle geleistet zu haben. Die Verhandlungen werden mehrere Tage dauern.

Note Frontkämpfer-Kundgebung gegen den löstlichen Arbeitermord

(Ein Draht.) Berlin, 23. Mai. Am Sonnabend und Sonntag veranstalteten die Frontkämpferbund Berlin in Prenzlau und Oberberg eine große Kundgebung gegen den löstlichen Arbeitermord in Oberberg. Wlischka war in mehreren Autos aus Eberswalde angefahren. Einige Arbeiter, die dem Offizier zu revolutionär vorliefen, wurden verboten. Wlischka zeigte sich wenig. Sonnabend mittig wurde in Oberberg demonstriert. An-schließend fand auf dem Marktplatz eine Kundgebung statt. Der Referent und der Führer des KKB wurden von der Polizei gefesselt. Auf der Rückfahrt in Prenzlau und Falkenberg kam es zu einem Zusammenstoß mit Faschisten. Die Grünen und die Gen-ossenschaft nahmen Partei für die Stahlheiler. Ein Genosse wollte der 14. Abteilung die erst am Donnerstag von den russischen Arbeit-ern übergebene Fahne entgegennehmen. Der dienstfreie Mann kam aber an die falsche Adresse und wird wohl für die Zukunft wissen, wie Note Frontkämpfer ihre Fahnen schützen. Verschattungen, die vorge-nommen werden sollten, spezialisierten an dem ehejernen Zusammenhalten der Frontkämpfer.

Hebe gegen den roten Frontkämpferbund

Berlin, 23. Mai. Die deutschnationale „Kreuzzeitung“ beschuldigt sich heute abend mit dem Berliner Frontkämpferbund. Das Blatt schreibt, die „deutsche rote Armee“ bedeute eine große Gefahr für die „wirtschaftliche Entwicklung“, eine rote Zeilarmee von 30 000 Mann in Deutschland sei im Hinblick auf die geringe Stärke der Reichs-wehr nur mit reichlicher Sorge zu betrachten. Der Artikel appelliert offen an die monarchistische Regierung, gegen den KKB, mit ditta-geordneten Maßnahmen vorzugehen; nichts anderes bedeutet der „Schlachter“, wie er erwartet, daß die Reichsregierung dieser roten Armee volle Aufmerksamkeit zuwendet.

Zusammenstoß zwischen Arbeitern und Hakenkreuzlern

Im Wiener Stadtpark kam es gestern in den späten Abendstunden zu Zusammenstößen zwischen provozierenden Hakenkreuzlern und Arbeitern. Es gelang den Arbeitern, den Hakenkreuzlern eine tüchtige Abreibung zu verabreichen. Auf beiden Seiten leichte Ver-letzungen. Die Polizei nahm circa 20 Verhaftungen vor.

Die französischen Kommunisten gegen den Marokkofrieg

Was tun die Sozialdemokraten?

Der Zentralausschuß der KPB hat an den permanenten Ver-waltungsausschuß der Sozialdemokratischen Partei Frankreichs einen Offenen Brief gerichtet, um eine gemeinsame Aktion gegen den Marokkofrieg und für sofortigen Friedensschluß einzuleiten. Insbesondere handelte es sich um eine gemeinsame Demonstration am folgenden Sonntag, dem 24. Mai, am Obentage für die ge-fallenen Kommunisten, die eine gewaltlose Demonstration gegen den Marokkofrieg darstellen sollte.

Der Brief hat folgenden Wortlaut: „Der letzten eingeleitete Marokkofrieg zieht außerordentlich schwere Konsequenzen nach sich. Die schwerwiegendsten darunter sind der Tod der zahllosen französischen Soldaten im Interesse der Imperialisten und die internationalen Komplikationen, die immer aus kolonialer Eroberungskriege, die Jares einzu mit un-erhörter Verheerung als größte Gefahr für den Weltfrieden bedroht, zu folgen pflegen. Angesichts dieser Umstände hat der Zentralausschuß der KPB beschlossen, sich an Euch zu wenden, um Euch aufzufordern, mit uns gemeinsam in ganzem Lande eine Aktion zu organisieren mit dem Ziele, die Arbeiter- und Bauern-massen, die jeden bei den Gemeindefällen ihren unerschütter-lichen Friedenswillen zum Ausdruck gebracht haben, gegen den Krieg zu mobilisieren.“

Wenn Ihr entschlossen seid, mit uns zu kämpfen, um die Plebie- rung zum sofortigen bedingungslosen Frieden mit der KPB, republikanisch und zur Unterstützung der KPB, so solltet Ihr Euch an Euch wenden, um Euch aufzufordern, mit uns gemeinsam in ganzem Lande eine Aktion zu organisieren mit dem Ziele, die Arbeiter- und Bauern-massen, die jeden bei den Gemeindefällen ihren unerschütter-lichen Friedenswillen zum Ausdruck gebracht haben, gegen den Krieg zu mobilisieren.“

Der Zentralausschuß der KPB, die „Humanität“ schreibt zu diesem Brief: „Der Zentralausschuß unserer Partei wendet sich an die Sozialdemokraten, um sie zu einer gemeinsamen Aktion gegen den Marokkofrieg und für sofortigen Friedensschluß aufzufordern.“

Die parlamentarische Fraktion der Sozialdemokratischen Partei hat bei der Abstimmung über die letzten Sozialdemokratischen im Februar 1925 des Stimmes enthalten. Sie hat jedoch die Gesamtheit des Kriegsbudgets bewilligt. Der Marokkofrieg von heute ist nur möglich auf Grund der gestrigen Haltung der Sozialdemokraten.

Die französischen Imperialisten haben die Rif-Berber zum Krieg provoziert. Tausende von französischen Soldaten sind gefallen an-taten täglich für den Profit des Stimmes enthalten. Sie hat jedoch die Gesamtheit des Kriegsbudgets bewilligt. Der Marokkofrieg von heute ist nur möglich auf Grund der gestrigen Haltung der Sozialdemokraten.

Unser Vorhaben an die Sozialdemokraten zur Einheitsfront zu-gunsten des sofortigen Friedens ist absolut einseitig.“

Die französische Regierung will vom Parlament neue Kredite in Höhe von 2 bis 3 Milliarden Franken anfordern, um weitere Ver-särfungen von Truppen und Kriegsmaterial nach Marokko ein-zubringen zu können. In Marokko land eine von der KPB ein-berufene Protestkundgebung gegen den Marokko-Krieg statt, in der Genosse Wlischka die unverzügliche Beendigung des Raubzugs und Anerkennung der Rif-Republik forderte.

In der Kammer nehmen die Kommunisten am heutigen Montag gegen den Marokko-Krieg Stellung.

Strelemanns Programmrede

Die Sozialdemokratie aus einer Regierungskoalition mit Monarchisten nicht ausgeschlossen (Ein Draht.) Berlin, 23. Mai.

„In der gestrigen Sitzung des Zentralvorstandes der „Deutscher Volkspartei“ hielt Strelemann eine lange Rede über die politische Lage. Hervorgehoben ist, daß er erklärt, daß die Sozialdemokraten nicht grundsätzlich aus einer Regierungskoalition, die die jegliche Politik der Luther-Regierung weiterführe, ausgeschlossen sind. Die Wahl Hindenburgs habe die verfassungsmäßige Grundlage unserer Staatsver-waltung konsolidiert. Eine Veränderung der Staatsform komme erst nach Einverständnis mit dem Parlament in Betracht. Ein neues Ver-trag über die deutsch-polnische Handelsverträge müßte angenommen und das Abfertigungsabkommen von allen „nationalen“ Wählern gebilligt werden.“

„Wie ist der Familienname?“

„Da entfiel Wlischas Gedächtnis Serjoschtsas Familienname. Erst nach hatte er ihn auf der Jung geblut. Er wollte den Epitaphen nachgehen, doch die Frau forderte den richtigen Familienamen. „Schreiben Sie ihn auf meinen Namen: Wlischka Dobsonow, aus dem Dorfe Lopatina.“ „Kannst Du schreiben?“ „Aber sicher!“ „Unterzeichne mit Deinem Namen.“ Wlischka legte sich mit der Brust auf den Tisch, streckte vor An-erkennung die Lippen vor. „Habe lange nicht geschrieben, die Hand will nicht.“ Er unterzeichnete und wurde mit einem Male traurig. Er trat aus dem Krankenhause, die Schraube lag auf der Treppe. „He, Serjoschtsa hat sie vergessen!“ Er sah in ein Fenster, niemand da. Ging an ein anderes, da bröckte ihm jemand den Finger. Wie er eines jenes Sünderlich trich Wlischka um das Krankenhause herum, blieb wieder vor der Treppe stehen. „Wie könnte man ihm die Schraube aufstecken?“ „Jemand wurde auf einer Bahre herausgetragen. Er dachte schon, das sei Serjoschtsa, doch es war eine tote Frau, und die Fä-ße der Frau waren nackt. Er wurde herbenstaurig. Der Hunger quälte ihn, und auch der Kamerad tat ihm weh.“ „Warum hat er bloß die Schraube vergessen!“

14. Den ganzen Tag trieb sich Wlischka auf dem Markte zwischen den Barfüßern herum, hörte zu, was ein Weberred, was eine Weberin sagte, was man für Brot verlangt, wenn man es kaufen will. Er wollte ihnen den Großmutterrad aus dem Sad holen, doch er hörte die Bauern sagen: „Die Krügeln hinter Drenburg zahlen viel Geld für verschiedene Sachen. Dort muß man Sachen hinstreichen.“ Wlischka dachte: „Will mich noch kein Klein wenig gedulden.“ Er dachte zu betteln, doch die Weber in dieser Gegend waren entsetzlich streng. „Sagt man zu ihnen: „Tantchen!“ schauen sie nicht einmal her. Geht man ihnen zu: „Am Christn willens!“ holen sie zum Schluß aus.“ (Fortsetzung folgt.)

Unslund

Die „Pravda“ zur deutschen Außenpolitik

Ein Artikel der „Pravda“ stellt die in Deutschland erörterten Tendenzen der Westorientierung fest und weist auf die Haltlosigkeit der Argumente der Anhänger dieser Orientierung hin.

Die rote Fahne über Persisch-Turkestan?

Abendmedlungen aus London besagen, daß in Persisch-Turkestan ein Zustand von großer Ausdehnung im Gange sei; die rote Fahne sei in der Hand.

Erdbebenkatastrophe in Japan

500 Tote

Meldungen aus Tokio besagen, daß bei einem Erdbeben über 500 Personen den Tod gefunden haben, davon sollen in Kiogiojatzu 300 und in Tonofu 100 Menschen umgekommen sein.

Falkenterror in Italien

(U.) Rom, 25. Mai

Die Ermordung eines Falkiten und die schwere Verwundung zweier anderer hat in falkistischen Kreisen hochgradige Erregung hervorgerufen.

Geschäftsministerium in Belgien?

Brüssel, 24. Mai

Wie die Morgenblätter aus Brüssel melden, erklärte der liberale Abgeordnete Max, der mit der Bildung des Kabinetts beauftragt wurde, er werde versuchen, ein außerparlamentarisches Kabinett zu bilden.

Jeher schließt abrednen, einige Gruppen haben bis heute noch nicht zum Januar her abgerechnet. Andere dagegen, wie Halle zum Beispiel, haben dementiert, daß eine vollständige und vollständige Abrechnung durchaus möglich ist.

Bericht über die „Rote Hilfe“

Einen Bericht von der Entwicklung und Tätigkeit der „Roten Hilfe“ gab Genosse Weise, der eine feste Aufsichtsratskommission der „Roten Hilfe“ nach dem Monat Juni konstituierte.

Über revolutionäre Arbeiter muß Mitglied der „Roten Hilfe“ werden.

Der Sprecher der Revisionskommission beantragt, dem Sekretär Entschuldig zu erteilen. Das geschieht am zweiten Tage der Verhandlungen.

Diskussion

Am Sonntag, dem 24. Mai, wurde der Bezirksparteitag mit der Diskussion über die organisierten Bericht erteilt.

Diesem Wunsch sprach auch der erste Diskussionsredner, Genosse W. aus Eisenb. Er schloß, daß die Möglichkeit bestünde, dreimal soviel Exemplare umzusetzen.

Genosse Schmalzer, Dürrenberg, greift die Reden an, die es noch immer in der Partei gibt. Er fordert eine bessere Kommunalpolitik und spricht sich für Veröffentlichung der Zeitung, sowie für Kapitalblätter aus.

Genosse Hahn, Kamin, berichtet, daß in seinem Kreis der Stillstand im März vorigen Jahres war. Jetzt geht es langsam vorwärts. Er betont, daß das den eingeladenen Zeitungsrednern unter herausgeschickten werden.

Ein Vertreter der Veuna-Zelle schildert die ungeheuren Schwierigkeiten, mit denen die Kommunisten im Veuna-Wert zu kämpfen haben. Die Verfolgung steht hinter uns. Veuna muß wieder ganz erobert werden.

Genosse Kamm, Kamin, berichtet, daß in seinem Kreis die Stillstand im März vorigen Jahres war. Jetzt geht es langsam vorwärts. Er betont, daß das den eingeladenen Zeitungsrednern unter herausgeschickten werden.

Genosse Kamm, Kamin, berichtet, daß in seinem Kreis die Stillstand im März vorigen Jahres war. Jetzt geht es langsam vorwärts. Er betont, daß das den eingeladenen Zeitungsrednern unter herausgeschickten werden.

Genosse Kamm, Kamin, berichtet, daß in seinem Kreis die Stillstand im März vorigen Jahres war. Jetzt geht es langsam vorwärts. Er betont, daß das den eingeladenen Zeitungsrednern unter herausgeschickten werden.

Genosse Gutsjahr, Jeth, leitet seine wochentlichen Ausführlungen mit dem Satz aus dem Jahrevericht ein: Wir sind nicht dazu da, uns Schmeicheleien zu lassen, und kritisiert dazu die Zeitungsredner, daß unsere Genossen den demagogischen Argumenten der SPD. hilflos gegenüberstehen.

Genosse Buchhold, Merseburg, gibt an, daß seit der neugewählten Leitung in Merseburg ein besseres Einverständnis zwischen dem Dri und der Bezirksleitung herrscht.

Genosse König, Weipfels, stellt die Behauptung auf, daß es mit der Betriebszellenarbeit nichts wäre, und daß man deshalb zu den Wohnorganisationen zurückgehen müsse.

Genosse Hoffmann, Artern, wendet sich gegen die Ausführungen des Genossen König. Er wundert sich, daß dieser sich durch verleiht, einen solchen Antrag für den Genossen Schmalzer einzubringen.

Genosse König, Weipfels, stellt die Behauptung auf, daß es mit der Betriebszellenarbeit nichts wäre, und daß man deshalb zu den Wohnorganisationen zurückgehen müsse.

Genosse König, Weipfels, stellt die Behauptung auf, daß es mit der Betriebszellenarbeit nichts wäre, und daß man deshalb zu den Wohnorganisationen zurückgehen müsse.

Entschliebung zur Hilfe für die politischen Gefangenen

Der Bezirksparteitag gedenkt in brüderlicher Solidarität der Opfer des weißen Terrors in allen kapitalistischen Ländern, besonders gilt sein Gruß den schwer getroffenen Revolutionären in Bulgarien, Rumänien, Polen, Estland.

Der Bezirksparteitag fordert die Arbeiterschaft zugleich zur härtesten Unterstützung der „Roten Hilfe“ auf.

Berichtungen der SPD.

Unterstützung Halle-Gebietsteil. Dienstag, 25. Mai, abends 9 Uhr, neue „Volkspolizei“.

Unterstützung Halle-Gebietsteil. Dienstag, 25. Mai, abends 9 Uhr, neue „Volkspolizei“.

Unterstützung Halle-Gebietsteil. Dienstag, 25. Mai, abends 9 Uhr, neue „Volkspolizei“.

Unterstützung Halle-Gebietsteil. Dienstag, 25. Mai, abends 9 Uhr, neue „Volkspolizei“.

Unterstützung Halle-Gebietsteil. Dienstag, 25. Mai, abends 9 Uhr, neue „Volkspolizei“.

Unterstützung Halle-Gebietsteil. Dienstag, 25. Mai, abends 9 Uhr, neue „Volkspolizei“.

Unterstützung Halle-Gebietsteil. Dienstag, 25. Mai, abends 9 Uhr, neue „Volkspolizei“.

Unterstützung Halle-Gebietsteil. Dienstag, 25. Mai, abends 9 Uhr, neue „Volkspolizei“.

Unterstützung Halle-Gebietsteil. Dienstag, 25. Mai, abends 9 Uhr, neue „Volkspolizei“.

Unterstützung Halle-Gebietsteil. Dienstag, 25. Mai, abends 9 Uhr, neue „Volkspolizei“.

Unterstützung Halle-Gebietsteil. Dienstag, 25. Mai, abends 9 Uhr, neue „Volkspolizei“.

Zum Pfingstfest

Herren- u. Damen-Garderobe

Knabenanzüge / Mädchenleider Bett- und Leibwäsche aller Art in reicher Auswahl

Oberhemden Gardinen, Stores, Stoffe Damen-Strümpfe, Herren-Socken, Taschentücher, Bindfäden usw.

auf bequeme Zeitabahlung

Heine & Eder Landwehrstraße 3, 1. Etage

Nähe Kiebsplatz Solothner Kleider- und Wäschehandlung

Wir suchen zum 1. Juni einen Zeitungsredner für Bransdorf.

Schlachtfest für Frauen. Freitag, 26. Mai, abends 8 Uhr, im „Kampfer“ große Bühne.

Hausfrauen. Freitag, 26. Mai, abends 8 Uhr, im „Kampfer“ große Bühne.

Zeitungsrednerin für Bransdorf. Freitag, 26. Mai, abends 8 Uhr, im „Kampfer“ große Bühne.

Zeitungsrednerin für Bransdorf. Freitag, 26. Mai, abends 8 Uhr, im „Kampfer“ große Bühne.

Zeitungsrednerin für Bransdorf. Freitag, 26. Mai, abends 8 Uhr, im „Kampfer“ große Bühne.

Jede Druckfahne

die im Geschäfts- wie Privatverkehr benötigt wird, liefert die Buch- und Anzeigenverlagsgesellschaft

immer noch das beste Werbemittel

Zeitungsträger für Heiligental sofort gesucht

Herren- u. Damen-Zimmerfächer

Anton Eicholzewitz

Zeitungsredner für Bransdorf

Zeitungsredner für Bransdorf

Zeitungsredner für Bransdorf

Zeitungsredner für Bransdorf

Zeitungsredner für Bransdorf

Zeitungsredner für Bransdorf

Zeitungsredner für Bransdorf

Gewerkschaftsbewegung

Kommunistische Reichs-Gewerkschaftskongress

Zum Zwecke der einheitlichen Durchführung der gegenwärtigen Aufgaben in der revolutionären Gewerkschaftsarbeit hat die KPD am 21. Mai eine Reichskonferenz der belgischen Gewerkschaften in letzter Reihe abgehalten. Eröffnet wurde die Konferenz durch den Reichssekretär der KPD, der die Aufgaben der Gewerkschaften in der gegenwärtigen Situation darlegte. Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht. Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht. Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht.

Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht. Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht. Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht.

Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht. Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht. Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht.

Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht. Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht. Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht.

Reformisten verjagen, den rheinischen Bauarbeiterstreik abzuwürgen

Die sozialdemokratischen Baugewerkschaften haben bereits verheißend viel erreicht, was die notwendigen Voraussetzungen für die Durchführung unserer Aufgaben, für die Initiative-Einführung und Führung der Wirtschaftskämpfe, für die praktische Durchführung der Gewerkschaftsarbeit usw. ist. Das ist jeder Kommunist als Gewerkschaftsfunktionär zur Verfügung gestellt, das ist die Aufgabe der Gewerkschaften, die die Interessen der Arbeiter zu vertreten haben. Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht.

Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht. Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht. Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht.

Die Arbeiter wehren sich gegen das Antireibersystem

Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht. Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht. Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht.

Fünfter deutscher Bauhüttenkongress

Am 15. und 16. Mai fand in München ein Bauhüttenkongress statt. Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht. Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht. Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht.

Gautonferenz des Deutschen Bausektors

Am Sonntag, dem 17. Mai, fand in Magdeburg eine Gautonferenz des Deutschen Bausektors statt. Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht. Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht. Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht.

Für die gewerkschaftliche Einheitsfront

Belgische Gewerkschaftsführer über Ausland

Das Nationalkomitee des belgischen Bausektors hat zwei Delegierte zum Kongress des belgischen Bausektors entsandt. Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht. Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht. Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht.

Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht. Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht. Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht.

Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht. Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht. Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht.

Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht. Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht. Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht.

Eine Einheitsgruppe in den belgischen Gewerkschaften

Unter dem Eindruck der englisch-russischen Beziehungen zur Herstellung der Einheitsfront hat sich auch in den belgischen Gewerkschaften eine starke Strömung zur Unterwerfung und Förderung dieser Bestrebungen herausgebildet. Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht. Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht. Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht.

Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht. Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht. Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht.

Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht. Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht. Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht.

Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht. Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht. Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht.

Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht. Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht. Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht.

Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht. Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht. Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht.

Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht. Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht. Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht.

Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht. Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht. Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht.

Eine Schweizer Gewerkschaftsdelegation nach Sowjet-Russland

Der „Kämpfer“, das Organ der kommunistischen Partei, Zürich, schreibt: Wie wir vernehmen, hat das Bundeskomitee des Gewerkschaftsbundes beschlossen, bei dem Antireform-Gewerkschaftsbund zu beantragen, eine Studienkommission nach Sowjet-Russland zu entsenden, um die Lage der Gewerkschaften dort zu untersuchen. Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht. Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht. Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht.

Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht. Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht. Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht.

Deutsche Delegationen nach Russland

In einer Generalversammlung des DMB, Ebersfeld wurde eine Resolution mit 200 Stimmen bei 50 Stimmenthaltenungen angenommen, die sich für die internationale Gewerkschaftseinheit erklärt und eine Delegation nach Sowjet-Russland zu entsenden. Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht. Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht. Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht.

Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht. Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht. Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht.

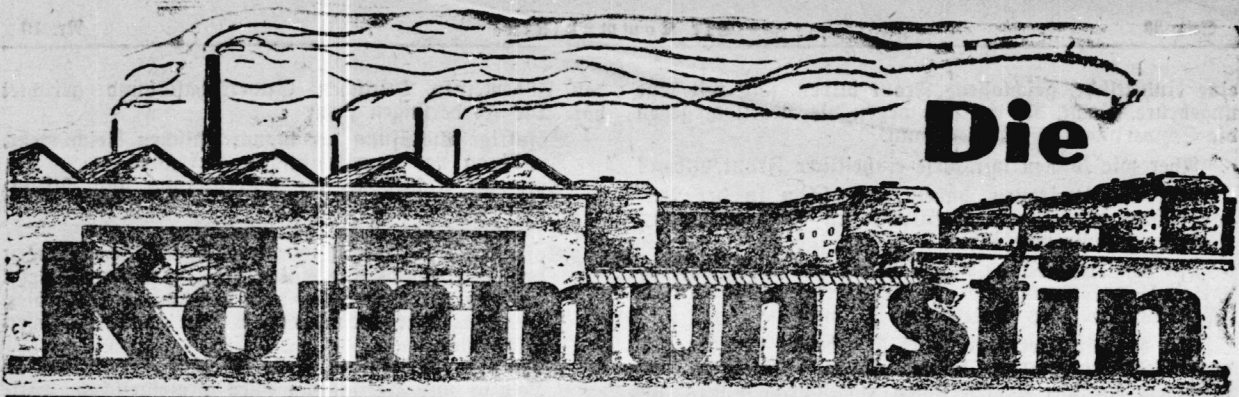
Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht. Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht. Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht.

Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht. Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht. Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht.

Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht. Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht. Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht.

Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht. Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht. Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht.

Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht. Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht. Die Beschlüsse der Konferenz sind in der Beilage Nr. 24 des „Arbeiter“ veröffentlicht.



Der Kampf gegen das Programm der Schwerindustrie

Durch ein Spalier von nationalistischen Jugendverbänden, Spießer- und Jungfräulevereinen ist Hindenburg in Berlin eingezogen.

Bei seiner Abfahrt aus Hannover gab ihm unter heißen Segenswünschen Röske das Geleit zum Bahnhof. Und der Sozialdemokrat Roewe ließ Hindenburg vor dem Reichstag seinen Eid auf die Verfassung sprechen.

An der Spitze der „demokratischen Republik“ steht jetzt der Beauftragte der deutschen Schwerindustrie, der das Programm der Großkapitalisten gegenüber den werktätigen Massen durchsetzen soll.

Die Arbeiterschaft beging den Einzug Hindenburgs anders als Röske und seine Parteifreunde. Während die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in Frack und Zylinder ehrfürchtig dem Akt der Eidesabgabe beiwohnte, standen Millionen deutscher Arbeiter und Arbeiterinnen mit geballten Fäusten an ihren Maschinen.

Was nun? Müssen wir uns denn jetzt mit der „gegebenen Tatsache“ der Präsidenschaft Hindenburgs abfinden, weil er doch auf so „verfassungsmäßigem Wege“ seinen Eid auf die Republik abgelegt hat? Müssen wir jetzt demütig und ergeben hinnehmen, was er und die deutschnationalen Luther-Regierung uns bringen werden?

Das brauchen und dürfen wir nicht! Denn schon jetzt sehen wir, mit welchen skrupellosen Mitteln die Staatsgewalt, die doch angeblich „vom Volke ausgehen“ soll, gegen uns, gegen die Interessen des gesamten werktätigen Volkes angewandt werden soll.

Der Reichswirtschaftsminister, der Skappist Reubaus, hat in einer Ausschusssitzung des Reichstages erklärt, daß er sich auch in Zukunft gegen jegliche Lohnerhöhung einsetzen wird. Das bedeutet heute bei dem schleichenden Anziehen der Preise ein weiteres Herabdrücken des Reallohnes, denn die Spanne zwischen Preisen und Löhnen wird immer größer werden. Darunter werden wieder in erster Linie wir Arbeiterfrauen zu leiden haben. Noch weniger als jetzt werden wir in Zukunft mit unserem Wirtschaftsgeld kaufen können, noch mehr als jetzt müssen wir in Zukunft mit unseren Familien entbehren.

Die Regierung kündigt schon wieder neue Steuern an, trotzdem im vorigen Jahre ein so großer Ueberschuß aus Lohn- und Massenverbrauchssteuern erzielt wurde. Besonders auf die Brotbreite hat man es abgesehen. Das Brot soll noch mehr verteuert werden. Wir werden dabei die Leidtragenden sein, nicht die bestehenden Klasse.

Deutsch kündigt sich schon jetzt die Verwirklichung des Programms der Schwerindustrie an: Festigung der Macht der Großkapitalisten — verstärkte Ausbeutung der werktätigen Massen.

Wie können wir uns nur gegen das, was uns in der Hindenburg-Republik bedroht, wehren?

Mehr denn je will heute der alte Kampfruf: daß wir uns vereint stark sind. Denn alle, die gegen ein weiteres Sinken des Reallohnes, gegen ein Steigen der Preise und Verteuern des Brotes gegen neue Steuerlasten, gegen die grausame Klassenjustiz sind, sich fest zusammenschließen,



In Treue fest!

Der Sozialdemokrat Röske begrüßt seinen Herrn und Meister.

eine einheitliche, geschlossene Front bilden, sind wir eine ungeheure Macht, die wirksam gegen die Reaktion, gegen die Schwerindustrie kämpfen kann.

Aber wie können wir diese einheitliche Front bilden?

Wir Arbeiterfrauen haben uns schon in der Vergangenheit in bestimmten Situationen zu gemeinsamen Kämpfen zusammengefunden.

In den Kontrollausschüssen haben sozialdemokratische, parteilose und kommunistische Arbeiterfrauen gemeinsam gegen Wucher- und Schiebertum gekämpft.

In den Arbeiterinnenausschüssen haben sich zur Zeit der Lohnbewegungen kommunistische, parteilose und sozialdemokratische Arbeiterinnen zusammengefunden, um in ihren Betrieben, in ihrer Industrie für bessere Arbeitsbedingungen, gegen die doppelte Ausbeutung der werttätigen Frauen zu kämpfen.

In den Gewerkschaften haben sich Arbeiterinnen aller Richtungen auf Konferenzen zusammengefunden, um gemeinsam ihre Forderungen aufzustellen und die Spitzen zu veranlassen, diese Forderungen zu den übrigen zu machen und für sie zu kämpfen.

Wir wissen auch heute: nicht mit „Führern“, die sich mit Haut und Haaren der Bourgeoisie verkauft haben, werden wir es zu einer Einheitsfront bringen. Aber wir ausgebeutete und geprellte Männer und Frauen des werttätigen Volkes, wir können uns zu gemeinsamen Kämpfen für gemeinsame Forderungen zusammenfinden.

Solche Forderungen, Mindestforderungen, für die alle Arbeiter und Arbeiterfrauen eintreten müssen und können, sind enthalten in dem „Offenen Brief“, den die kommunistische Partei an die Sozialdemokratische Partei und

den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund gerichtet hat. Die Forderungen sind:

Sofortige Auflösung der monarchistischen Reichswehr, Auflösung der monarchistischen Verbände,

Sofortige Aufhebung der Kasernierung und Militarisierung der Schupo,

Abuschaffung der Technischen Nothilfe,

Sofortige Konfiskation der Vermögen aller früheren deutschen Fürsten und Ausweisung aller Angehörigen der Herrscherhäuser aus dem deutschen Reichsgebiet,

Änderung der Beamtenschaft von monarchistischen Elementen,

Sofortige Aufhebung des Staatsgerichtshofes in Leipzig und Freilassung aller proletarischen politischen Gefangenen,

Sofortige Einführung des starren Achtstundentages, Aufhebung aller die Massen belastenden Steuern.

Für diese Mindestforderungen müssen wir eine geschlossene Einheitsfront in den Betrieben und Gewerkschaften und unter den proletarischen Hausfrauen bilden.

Daß die reaktionären Führer der Arbeiterchaft sich nicht einmal für diese Mindestforderungen einsetzen, haben wir bei der Regierungskrise im Preussischen Landtag gesehen. An sie richtet sich auch nicht unser Appell! Denn sie wollen ja nicht für die Interessen der werttätigen Massen kämpfen.

Die wichtigsten Kampfplätze der Arbeiterchaft sind die Betriebe und Gewerkschaften. Hier diese geschlossene Einheitsfront herstellen zu helfen, ist jetzt eine der wichtigsten Aufgaben der Arbeiterfrauen.

Denn nur auf diesem Wege können wir den Angriff der monarchistischen Reaktion erfolgreich zurückschlagen.

Verurteilung der Genossin Wolffstein wegen Reden aus dem Januar 1919.

Die Düsseldorfster Strafkammer verhandelte am 20. April die Anklage gegen Genossin Kosi Wolffstein, die wegen ihrer politischen Reden im Januar 1919 jetzt nach sechs Jahren noch gegen sie erhoben wurde. Die Reden sollen gegen die Paragraphen 31 und 32 (Aufreizung zu Gewalttätigkeiten) verstoßen haben. Wegen dieser Reden wurde Genossin W. im März 1919 in Berlin verhaftet, im Mai 1919 von den Genossen aus dem Gefängnis Lennep befreit, im September 1919 wiederum in Berlin verhaftet, im November 1919 entfloß sie vor einer neuerlichen Ueberführung in die Düsseldorfster Untersuchungsgefängnis, im Februar 1920 wurde sie in Karlsruhe wiederum verhaftet und im März 1920 von den Karlsruher Arbeitern befreit. Der Landtag genehmigte dann nicht die Strafverfolgung während der vierjährigen Sitzungsperiode.

Vor Gericht gab Genossin Wolffstein eine eingehende Schilderung der damaligen Situation. Selbstverständlich habe sie für die Bewaffnung der Arbeiter auf das leidenschaftlichste agitiert, da die Verteidigung der Revolution gegenüber all den Mächtschaften der Bürgerlichen und dem Verrat der Sozialdemokraten nur durch die Aktion mit der Waffe in der Hand möglich war. Die politische Macht war aber zu der Zeit in Düsseldorf in den Händen des Arbeiterrats und seines Exekutivorgans, des Volkszugsrats, zu deren Unterstützung sie für die Bewaffnung eintrat. Deshalb sei es lächerlich und widerständig, diesen Prozeß zu machen.

Nachdem eine Anzahl Belastungszeugen ihre Bekundungen von damals heute beibehalten, ohne von der Sache selbst noch einen Schimmer zu haben, nachdem das Gericht sämtliche Zeugen der Verteidigung ablehnte, beantragte der Staatsanwalt eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten, die durch die Untersuchungsgefängnis verbißt seien. Obgleich die politische Macht zu der Zeit unabweisbar bei der Arbeiterrats gewesen wäre, wäre das Eintreten der Genossin Wolffstein für die Bewaffnung eine Bedrohung und Beunruhigung der Bourgeoisie gewesen und das müsse bestraft werden.

Rechtsanwalt Gen. Obuch widerlegte den Staatsanwalt, daß aus diesem Tatbestand eine Verurteilung erfolgen könne und verlangte Freisprechung.

Gen. Wolffstein betonte in ihrem Schlusswort, daß das Maß der Strafe völlig gleichgültig sei. Sie wende sich nur noch

einmal gegen den Unsinn, den der Staatsanwalt begehrt, wenn er an die revolutionären Situationen mit dem Strafgesetzbuch herangeht und gegen den Unsinn, den er ihr unterzieht, wenn er die verlangte Bewaffnung als eine gegen die eigene Macht gerichtete nennt. Nach einer scharfen Polemik gegen die übrigen Argumente des Staatsanwalts betonte sie zum Schluß, daß die Massen eine Verurteilung als die weitere Entwicklung der Konterrevolution ansehen werden, und daß diese Einsicht den Kommunisten nur nutzen könne.

Das Gericht verkündet dann das Urteil auf zwei Monate Gefängnis.

Dieser Prozeß zeigt, daß die Justiz nicht davor zurückschreckt, alle revolutionären Handlungen, und liegen sie noch so lange zurück, zu verfolgen. Er zeigt, wie unklar die Entscheidungen der Reichs- und Landesregierungen sind, daß Verfolgungen wegen politischer Dinge aus dem Jahre 1919 nicht mehr stattfinden. Er zeigt, wie notwendig es ist, die Forderung der Kommunisten auf eine wirklich umfassende Amnestie zu unterziehen! Frauen und Mädchen, kämpft mit für die Amnestie!

Arbeiterfrauen beim Besuch der Berliner Heimarbeit-Ausstellung.

Am 12. Mai versammelten sich etwa 150 Berliner Arbeiterfrauen vor den Ausstellungshallen in Moabit, um gemeinsam die Heimarbeitausstellung, die von der Gesellschaft für soziale Reform und den verschiedenen Gewerkschaftsverbänden veranstaltet ist, zu besichtigen.

Die Frauen waren zum großen Teil selbst Heimarbeiterrinnen und konnten so mit Sachkenntnis die Ausstellung überprüfen. Die meisten von ihnen stellten schon nach einem flüchtigen Ueberblick fest, daß durch die Ausstellung noch nicht einmal das volle Glanz der Heimarbeiterschaft aufgezeigt wird.

Auf Befragen wurden von den Ausstellern den Frauen gegenüber betont, daß diese Ausstellung auch keine „reine Glanzausstellung“ sein solle, sondern, daß man vor allen Dingen den Fortschritt gegenüber der letzten Ausstellung, die im Jahre 1906 stattfand, zeigen wolle. Als Beispiel wurde den Frauen ein Artikel aus der Puppenindustrie vorgeführt mit dem Bemerten: „Früher verdiente diese Heimarbeiterin nur

9 Pfennig Stundenlohn, heute dagegen erhält sie 15 Pfennig Stundenlohn."

Mit Recht wiesen die Frauen darauf hin, daß eine solche Rechnung natürlich nicht stimmt, weil die Lebenshaltungskosten heute ja ganz anders sind als 1906, und daß eine bloße Gegenüberstellung der Zahlen ein ganz falsches Bild ergeben muß.

Allen Frauen fiel auf, daß an fast keinem Artikel der Verkaufspreis verzeichnet war, der doch erst in vollem Maße die Ausbeutung der Heimarbeiterschaft durch die kapitalistische Profitwirtschaft gezeigt hätte.

Bei einer großen Anzahl von Artikeln stellten die Frauen, die selbst Heimarbeit machen, fest, daß die angegebenen Verdienste wirklich nur Spitzenverdienste sind, daß aber in Wirklichkeit von den Unternehmern weit weniger bezahlt wird.

Es ist klar, daß die Arbeiterfrauen mit ihren Feststellungen teilweise das Mißfallen der Aussteller erregten. Sie ließen sich aber dadurch in der Beurteilung der Ausstellung nicht beirren.

Nach der Besichtigung versammelten sich die Frauen vor dem Ausstellungsgelände, wo in einer kurzen Ansprache die Eindrücke der Ausstellung zusammengefaßt wurden. Als Hauptmangel wurde festgestellt, daß wohl bis zu einem gewissen Grade die Not, aber nicht der Ausweg aus dem Heimarbeiterelend gezeigt wird. Es genügt nicht, nur auf die Abschaffung der Unterbezahlung hinzuweisen, sondern ganz klar muß der Heimarbeiterschaft gesagt werden, daß die kapitalistische Profitwirtschaft die Ursache ihrer unerhörten Ausbeutung ist. Der Zusammenschluß der Heimarbeiterinnen in den freien Gewerkschaften muß deshalb als letztes Ziel den Sturz der Kapitalistenherrschaft haben, wodurch allein die Unterdrückung und Verflämung der Schaffenden beseitigt werden kann. Das wird aber von den Ausstellern bewußt verschwiegen.

Nachdem die Frauen noch unter dem Gesang unserer Freiheitslieder geschlossen vor das Gefängnis Noabit gezogen waren, wurde die Kundgebung aufgelöst.

Kundgebung der Frauen der ausgesperrten Hamburger Bauarbeiter.

Während des Kampfes der Hamburger Bauarbeiter fand am 30. April eine Versammlung der Frauen der Aussperrten statt mit dem Thema: „Wie können die Frauen der Bauarbeiter den Kampf um den Achtstundentag, um höhere Löhne unterstützen?“

Nach Referat und Diskussion wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Ergebnisse der Tätigkeit der politischen Zirkel der Arbeiterinnen in Leningrad.

(Fortsetzung.)

Bei Organisierung des zweiten Turnus der politischen Zirkel erfaßten wir die übrigen Frauendelegierten, die noch keinen Unterricht erhalten hatten, wie auch eine weitere neue Schicht der Arbeiterinnen. Bei der Tätigkeit dieser Zirkel gelang es uns schon, wenn auch bei weitem nicht in vollem Umfang, die Aufgaben, die wir uns stellten: Schaffung eines engen Kontaktes zwischen dem Leiter des Zirkels und dem Betrieb, wo er den Zirkel leitet, wie auch mit dem Kollektiv des Betriebes, zu lösen.

Einen Teil der Leiter konnten wir dem betreffenden Kollektiv angliedern. Vor Anfang des Lehrkurses machten sich die Leiter mit dem Betrieb bekannt und sammelten die für die Tätigkeit des Zirkels notwendigen Angaben. Wir haben Zirkelleiter, die nicht nur die Versammlungen des Kollektivs und der Werkstattezelle, sondern auch die Volkversammlungen der Arbeiter und die Delegiertenversammlungen der Arbeiterinnen besuchen. Der Leiter hatte nach unseren Direktiven dem Büro des Kollektivs über die Tätigkeit des Zirkels regelmäßig Bericht zu erstatten, und wenn dies auch nicht überall geschehen ist, so haben jedenfalls alle Büros vor Abschluß des Lehrkurses Berichte der Leiter entgegengenommen.

Durch diesen Kontakt mit den Betrieben wird auch eine Beseitigung der organisatorischen Mängel und eine methodologisch bessere Organisation der Arbeit der Zirkel erreicht: der politische Zirkel fängt an, eine bestimmte Stellung in der Gesamtheit der politischen Aufklärungsaktivität im Betrieb einzunehmen und seine Absonderung von der Tätigkeit anderer propagandistischer Organe, wie auch von der Tätigkeit des Klubs, hört auf. Eine ganze Reihe von Fragen, die durch die

Resolution.

Die heute versammelten Frauen der ausgesperrten Bauarbeiter der Kollegen aus dem Verband der Aussgeschlossenen haben mit Entrüstung Kenntnis genommen von der Sabotage der Führer des Baugewerksbundes, die einheitliche Kampfbasis aller Bauarbeiter gegen das Unternehmertum in Hamburg herzustellen.

Sie fordern die Frauen der im Baugewerksbund organisierten Kollegen auf, sich mit ihnen solidarisch zu erklären und gemeinsam mit ihnen bei dem Baugewerksbund vorstellig zu werden, um die Kampfeinheit aller Bauarbeiter herzustellen. Wir fordern von unseren Männern in der Gewerkschaft Stellung zum Offenen Brief der kommunistischen Partei zu nehmen und zu bekunden, daß nur der einheitlich geführte Kampf auf breiter Basis zusammen mit dem revolutionären Vortrupp, der KPD, den Sieg der Bau- und Gesamtarbeiterchaft verbürgt. Darüber hinaus rufen sie die Frauen auf, gemeinsam Delegationen zum Senat zu entsenden und für die Forderungen:

Milch für unsere Kinder,

Speisung aller ausgesperrten Bauarbeiter, Lieferung von Feuerung oder Gas einzutreten.

Die anwesenden Frauen bekunden, daß sie gewillt sind, mit allen Mitteln den Kampf ihrer Männer zur Sicherung des Achtstundentages, zur Regelung der Ferien, für die Bezahlung der Regenstunden, für die Regelung der Lehrlingslöhne zu unterstützen. Wir Frauen sind uns bewußt, daß dieser von dem Unternehmertum provozierte Kampf durch den Dawes-Pakt heraufbeschworen worden ist. Wir wissen aber auch, daß dies nur ein Teilkampf sein kann, und daß darüber hinaus sich auch die Arbeiterinnen organisieren und geschlossen in der roten Front den Kampf um die Befreiung aufnehmen müssen.

Wir protestieren weiter und rufen alle Arbeiterfrauen zum schärfsten Protest auf, gegen die im Eschelaprozess gefällten drei Todesurteile und die unerhörten Zuchthausstrafen.

Wir fordern Amnestie für alle politischen Gefangenen!

Alle Arbeiterfrauen Hamburgs fordern wir auf, gegen die Unternehmerwillkür, gegen die Schandjustiz, für den Achtstundentag, für höhere Löhne, für die Beseitigung der monarchistischen Luther-Regierung, für ein Sowjetdeutschland, zusammen mit der einzigen Arbeiterpartei, der kommunistischen Partei, zu kämpfen.

Es lebe der einheitliche, geschlossene Klassenkampf der Frauen und Männer des Proletariats!

Fürer in den Zirkeln gestellt werden und im Rahmen des Zirkels nicht gelöst werden können, wie z. B. Fragen betreffend die Religion und naturwissenschaftliche Fragen, werden in den Klub hineingetragen. Zur Wege der Tätigkeit der Zirkel werden auch engere Beziehungen zur Bibliothek zustande gebracht.

Wir haben solche Beispiele vor uns, wie die Fabrik „Krahntr Barus“ („Roter Segel“), wo der Leiter des Zirkels zum Unterricht ganze Büchererien brachte, sie auf den Tisch auseinanderlegte, den Arbeitern zeigte, was sie aus diesen Büchern lernen können, so daß die Arbeiterinnen dann in die Bibliothek gingen und sich dort diese Bücher holten.

Natürlich gibt es diesbezüglich noch viel zu arbeiten. Nach Einführung von Organisatoren der Agitationspropagandatätigkeit bei großen Kollektiven sind wir nunmehr bestrebt, die Zirkel in das Arbeitsbereich dieser Organisatoren zu bringen.

Eine große Beachtung wird der Organisation der politischen Zirkel in methodologischer Hinsicht gewidmet. Methodologische Seminare arbeiteten, um in dieses Gebiet möglichst viel System hineinzubringen, um den durch die Leiter zur Anwendung gebrachten Methoden alles Nützliche zu entnehmen, um einen ständigen Austausch von Erfahrungen herbeizuführen und um die nicht genügend vorbereiteten Leiter zu unterstützen.

Natürlich stellten sich diese Seminare eine weitgehende Aufgabe, sie wollen die theoretischen Kenntnisse der Leiter entwickeln, die Themen der einzelnen Unterrichtsstunden erörtern, dem Leiter helfen, die Hauptmomente der Themen herauszufinden, mit einem Wort, die Seminaristen wollen den Unterricht mit gemeinsamen Kräften methodologisch richtig aufbauen. Das Vortragsystem haben wir schon längst aufgegeben, und die in unseren Zirkeln zur Anwendung gebrachte Methode nähert sich, soweit dies unter den gegebenen Verhältnissen möglich, zur aktiv schaffenden Methode.

(Fortsetzung folgt.)

Aus Sowjetrußland

„Geschlechtsmoral in Sowjetrußland“.

In den Frauenbeilagen der sozialdemokratischen Zeitungen wird in letzter Zeit viel gellagt über die „gesunkene Moral“ und die „Sittenlosigkeit“ in Sowjetrußland. In angeblichen Uebersetzungen aus russischen Zeitungen, in Skizzen und kleinen Romanen wird den Leserinnen immer wieder auseinander-gesetzt, daß die Bolschewiken vollkommen „sittlich entartet“ sind, und daß sie Rußland unter ihrer Herrschaft zu einem Paradies für Zügellosigkeit und Gemeinheit gemacht haben.

Ein Artikel, betitelt „Die Geschlechtsmoral in Sowjetrußland“ ist dafür besonders interessant. Weil er durch die gesamte sozialdemokratische Presse ging und bei oberflächlichem Lesen auf manche Frauen vielleicht überzeugend wirkt, gehen wir näher auf ihn ein.

Der Verfasser beschäftigt sich mit einem Artikel der Genossin Smidowitsch-Moskau, der in der „Pravda“, unserem russischen Zentralorgan, erschienen ist.

Man müßte nun meinen, daß die „unsittlichen Ansichten“ der Bolschewiken in diesem Artikel irgendwie zum Ausdruck kämen. Aber nichts von alledem. Die Genossin Smidowitsch wendet sich in ihrem Artikel nur mit aller Schärfe gegen die falsche Auffassung mancher Jugendlicher, daß in Geschlechtsfragen „alles Spießertum ist, was nicht gerade in den allerprimitivsten Rahmen des Geschlechtslebens der Hottentotten paßt“.

Von der Behauptung, daß die führenden Bolschewiken Zügellosigkeit und „Unmoral“ präbigen, wird durch alle Bittate aus dem Artikel nur das Gegenteil bewiesen.

„Aber“, sagt der sittlich entrüstete Mitarbeiter des sozialdemokratischen Pressedienstes, „warum schreibt denn Frau Smidowitsch so? Es muß doch schon etwas los sein mit der Geschlechtsmoral in Sowjetrußland.“ Und mit Freuden greift er einige Beispiele heraus, die Genossin Smidowitsch in ihrem Artikel anführt, um an ihnen zu zeigen, was sich die Jugend nicht zum Prinzip machen darf.

Sie spricht davon, daß heute in Rußland vielfach die männlichen Jugendlichen der Auffassung sind, daß jede Enthaltensamkeit Spießertum ist, und daß von vielen Zügellosigkeit und Rücksichtslosigkeit mit „kommunistischer Geschlechtsmoral“ verwechselt wird. Schauernd wendet sich nun die sozialdemokratische Presse an ihre Leser und vor allem an ihre Leserinnen und stimmt ein Jammergeschrei an über die „Vergiftung der russischen Jugend mit lebensfremden Theorien“.

Solche Auffassungen, wie sie die Genossin Smidowitsch kennzeichnet, gibt es natürlich unter der russischen Jugend. Aber nicht etwa, weil die Bolschewiken einen „sittenverberbernden Einfluß“ ausgeübt haben, sondern das ist nichts weiter als eine Nachwirkung der bürgerlichen Ideologie, die die Jugendlichen zum Teil nach der Befreiung von allen drückenden Fesseln ins andere, falsche Extrem verfallen läßt.

Solche Erscheinungen gibt es übrigens auch in der deutschen Arbeiterjugend, wenn die Jugendlichen die Heuchelei der bürgerlichen Moral erkannt haben. Man braucht nicht darüber jammern und wehklagen, aber man muß energisch gegen solche falschen Auffassungen kämpfen, weil sie wirklich, wie Genossin Smidowitsch sagt, „mit der Unmoral der Bourgeoisie auf eine Stufe gestellt werden können“.

Diese Aufklärungsarbeit mit aller Offenheit und Energie zu führen, ist das Verdienst der russischen Führer. Sie sprechen ohne Beschönigung und Hererei aus, was ist. Dafür ist der Artikel der Genossin Smidowitsch ein Beweis.

Um so herabschätzungswürdiger ist es, wenn durch bewusste Verleumdungen und Verdrehungen auf das Unverständnis der Arbeiterfrauen spekuliert wird, um die wachsende Sympathie mit dem Lande der Arbeiter und Bauern zu untergraben.

Aber die Wahrheit über Sowjetrußland bricht sich trotzdem Bahn. Es häufen sich die Berichte von Nichtkommunisten aus allen Herren Ländern, die aus eigener Anschauung begeistert über die ungeheure Aufbauarbeit in Sowjetrußland berichten. Wir stützen hier nur aus dem Bericht der ewalischen Gewerkschaftsdelegation (in der sich keine Kommunisten befanden!), die über das Leben der Frauen und Jugendlichen in Sowjetrußland folgendes ansagt:

„Die Erziehung der Frauen und Jugendlichen beider Geschlechter beginnt bei Fragen der Gesundheit, der Hygiene und der Reinlichkeit im Hause und wird über verschiedene Stadien hinweg bis zu allgemeinen und politischen Fragen fortgesetzt. Sowohl die Frauen wie die Männer werden er-

mutigt, Alphabetismus als ein Zeichen der Minderwertigkeit zu betrachten.

Mädchen und Knaben zwischen 12 und 17 Jahren werden in den sogenannten Jungpionierabteilungen organisiert. Diese Bewegung hat keine militärischen Elemente, sondern zielt auf die Schaffung eines staatsbürgerlichen Bewusstseins und Klassenbewußtseins auf kollektivistischer Grundlage hin. Die Kinder, die unter ihr erzogen, mögen uns frühzeitig erscheinen; aber sie scheinen außerordentlich glücklich zu sein, sind wohlversorgt, achten auf ihre Person und sind stolz auf ihre gemeinsamen Ueberlieferungen. Ihr moralischer Ton ist ein hoher, und ihr Einfluß unter den andern Schulfreunden ist recht günstiger usw.“

Scheinbar nützen aber selbst die objektivsten Berichte über Sowjetrußland nichts, um die Feindschaft der sozialdemokratischen Führer ihm gegenüber zu beseitigen. Sie verstopfen sich einfach die Ohren und leisten auch weiterhin mit Freuden den Kapitalisten aller Länder Helfersdienste gegen Sowjetrußland.

Wir Arbeiterfrauen müssen helfen, ihnen einen Strich durch die Rechnung zu machen!

Antwortschreiben der Thüringer Arbeiterinnen und Bäuerinnen an ihre Schwestern im Südosten Sowjetrußlands.

Vor einiger Zeit sandten die Arbeiterinnen, Bäuerinnen und Hochländerinnen des Südostens der RSFSR. eine prachtvolle Ledermappe an die Thüringer Arbeiterinnen und Bäuerinnen. Eine Photographie dieser Mappe und den Brief der russischen Genossinnen brachten wir in der Sondernummer der „Kommunistin“ zur Präsidentenwahl.

Aus Thüringen ist nun folgender Brief an die russischen Arbeiterinnen und Bäuerinnen abgegangen:

An unsere Schwestern im Südosten Sowjetrußlands.

Liebe Genossinnen!

Erst vor einiger Zeit ist eure wunderschöne Schreibmappe in unsere Hände gelangt. Wir Thüringer Genossinnen sprechen Euch unseren herzlichsten Dank dafür aus. Die saubere Arbeit beweist uns, mit welcher Liebe und welchem Stolz Ihr die Mappe für uns hergestellt habt. Wir erblicken in dem Geschenk nicht nur einen Ausdruck eurer schweizerischen Liebe, sondern auch ein sichtbares Zeichen dafür, daß Ihr die Vorgänge in Deutschland mit großem Interesse verfolgt.

Die Vergangenheit hat bewiesen, daß die Thüringer Frauen bereit waren, an der Seite der Männer für ein Arbeiter-Deutschland zu kämpfen. Leider ist es anders gekommen. Vorläufig ist an eine gleich günstige Gelegenheit nicht zu denken. Der Verrat der Sozialdemokratie hat uns einen großen Rückschlag gebracht. Aber wir müssen und werden diesen Rückschlag überwinden und darüber hinaus neue Kämpfer und Kämpferinnen gewinnen. Sowjetrußland ist uns ein leuchtendes Beispiel. Nur auf dem Wege, den Lenin gegangen ist, ist es möglich, alle Unterdrückten zu befreien und die Fesseln, die der kapitalistische Staat und seine Stützen der Arbeiterklasse angelegt haben, zu zerreißen.

Voll Stolz und Hochachtung blicken wir auf Euch, auf eure Opferfreudigkeit, auf eure Tatkraft. Ohne eure Mitarbeit wäre es nicht möglich gewesen, soviel für Mutter und Kind zu tun. Voll Freude lesen wir von euren Kindernheimen, von euren Arbeitsschulen. Immer wieder weisen wir bei unserer Agitation auf Sowjetrußland hin und zeigen damit den Frauen, daß nur dann das getan wird, was sie mit Recht zu fordern haben, wenn die Arbeiterklasse an der Macht ist. Das zu erreichen, ist unsere heiligste Aufgabe.

Schwestern in Rußland! Wir grüßen Euch und gelobt, alles, ja uns selbst für die Erreichung unseres Zieles einzusetzen, und dann vereint mit Euch die kommunistische Gesellschaft aufzubauen.

Es lebe Sowjetrußland!

Es lebe die Solidarität aller Schaffenden!

Die Thüringer Arbeiterinnen und Bäuerinnen.

Verantwortlich für die Redaktion: Martha Arendsee, Berlin.
Verlag: Vereinigung Internationaler Verlagsgesellschaften G. m. b. H., Berlin SW. 61, Planufer 17.